Zum historischen Kontext des Eingreifens des Reichs 1923 in Sachsen und Thüringen

Teil IV.1.: Kurz-Beschreibungen, KPD-Gewerkschaftspolitik, Statistisches

Kurz-Beschreibungen in Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik

Büttner: *Die überforderte Republik*

„Die Voraussetzungen dafür [für eine kommunistischem Aufstand] schienen 1923 besser denn je zu sein. Die Verzweiflung unter den Arbeitern über die verheerenden Auswirkungen der Hyperinflation führte der KPD viele neue Anhänger zu. Bei Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen schnitt sie hervorragend ab. In Übereinstimmung mit den Moskauer Genossen war die KPD-Zentrale unter Heinrich Brandler und August Thalheimer zu begrenzter Zusammenarbeit mit der SPD bereit, und in einigen Ländern und Gemeinden gab es Erfolge dieser Politik. In Sachsen tolerierte die KPD seit dem 21. März 1923 eine Minderheitsregierung des linken Sozialdemokraten Erich Zeigner. In Thüringen waren die Beziehungen gespannter; aber auch hier bestimmte seit Mai 1923 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung die Politik. In beiden Ländern konnten sich die ‚Proletarischen Hundertschaften' […] frei entfalten, während sie in Preußen seit dem 12. Mai verboten waren. Die Massenstreiks im August 1923, die zum Sturz Cunos [als Reichskanzler] beitrugen, verstärkten bei der Komintern-Führung die Hoffnung, daß auch in Deutschland die Zeit für die bolschewistische Revolution reif sei. […].

Zur Vorbereitung, um Zugang zu den staatlichen Machtmitteln zu erhalten, trat die KPD am 10. Oktober 1923 in Sachsen und am 16. Oktober in Thüringen in die Regierung ein. Die ‚Arbeiterregierungen' von SPD und KPD wurden nach den Bestimmungen der Verfassung von den Landesparlamenten gewählt. Obwohl sie daher unbestreitbar legal waren, gerieten sie wegen der Beteiligung kommunistischer, umsturzverdächtiger Minister sofort mit den Militärbefehlshabern in ihren Ländern in Konflikt, die seit der Verhängung des reichsweiten *Ausnahmezustands am 27. September 1923 [der Begriff „Ausnahmezustand" ist nicht korrekt <siehe dazu den separaten Text vom 06.09.20205>; außerdem erfolgte das Gemeinte bereits einen Tag vorher, am 26.09.1923[1]] die vollziehende Gewalt ausübten. In Sachsen verbot General Alfred Müller am 13. Oktober die Proletarischen Hundertschaften[2] und unterstellte am 16. Oktober die Polizei dem

---

1 https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1039&size=45.

2 „Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß der sogenannten proletarischen Hundertschaften, der Republikanischen Notwehr und anderer ähnlicher Organisationen. Etwa bestehende derartige Organisationen werden hiermit aufgelöst. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird untersagt." (Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises IV, Generalleutnant Alfred Müller, vom 13. Oktober 1923 an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, veröffentlicht in: *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 14. Oktober 1923; wiederabgedruckt in: Huber [Hg.], *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*.

Kommando der Reichswehr. Die KPD-Führung wollte mit einem Generalstreik antworten und durch ihn das Signal für den Aufstand im Reich geben. Aber bei einer Arbeiterkonferenz in Chemnitz am 21. Oktober blieb sie mit ihrem Vorschlag allein. Die kommunistische Zentrale stoppte daraufhin alle Umsturzvorbereitungen.

Nur in Hamburg wurde der Aufstand in den frühen Morgenstunden des 23. Oktobers mit dem Sturm auf 17 Polizeiwachen ausgelöst. Obwohl im Hafen und auf den Werften gerade gestreikt wurde, bekamen die kommunistischen Kampfgruppen von der Masse der Arbeiter keine Unterstützung, so daß sie meistens nach einigen Stunden, die letzten nach zwei Tagen aufgeben mußten. 24 Anhänger der KPD und 17 Hamburger Polizisten fanden bei den Kämpfen den Tod. […].

Am Tag der Chemnitzer Konferenz, am 21. Oktober, ließ General Müller erste Truppen in Sachsen einmarschieren.[3] Wie die meisten Reichswehreinsätze führte auch dieser zu Toten und Verwundeten unter den Zivilisten. Am 27. Oktober verlangte die Reichsregierung von Zeigner ultimativ die Entlassung der kommunistischen Kabinettsmitglieder[4], was dieser unter Berufung auf ihre verfassungsmäßige Wahl ablehnte[5]. Am 29. Oktober begann daraufhin die förmliche Reichsexekution gegen Sachsen aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung.[6] Die sächsische Regierung wurde für abgesetzt erklärt[7] und der DVP-Abgeordnete und frühere Reichsjustizminister Rudolf Heinze als Reichskommissar mit ihren Aufgaben betraut. Da ein Aufruf an die Arbeiterbewegung, sich mit einem Generalstreik zur Wehr zu setzen, keinen Erfolg hatte, trat Zeigner am 30. Oktober mit seinem Kabinett zurück."

(Büttner, *Weimar – die überforderte Republik 1918-1933*, in: Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Band 18 [bis 23] hrsg. von Benz, 2010[10], 171 - 767 [422 - 424]; Hyperlinks hinzugefügt)

Kolb/Schumann: *Die Weimarer Republik*

Bd. 4, 1992[3], 327 - 328 [328]).

Die Veröffentlichung in der *Deutsche Allgemeine Zeitung*: https://dfg-viewer.de/show/?set%5Bmets%5D=https://content.staatsbibliothek-berlin.de/zefys/SNP28113159-19231014-0-0-0-0.xml (Spalte III: *Verbot der proletarischen Hundertschaften*. Verfügung des Militärbefehlshabers für Sachsen).

Das Schreiben von Müller wurde (mit anschließendem kritischen Kommentar) auch in der *Leipziger Volkszeitung* (30. Jg., Nr. 241 vom 15.10.1923, S. 1: Aufmacher) abgedruckt: https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/newspaper/item/QB3RXO3CWBOFYKHW3CDZN6FTBO4MI6EC.

3 Vgl. aber

- *einerseits* sogleich Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 54: „Sie [Die Reichsregierung] ließ am 23. Oktober gegen Sachsen Reichswehrtruppen in Sachsen einmarschieren".
- andererseits Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 229 f.: „Meldungen von der beginnenden Besetzung Sachsens durch die Reichswehr im Morgengrauen des 20. Oktober […] brachte die KPD jedoch in Zugzwang".

4 https://archive.org/details/jbof-1314/page/n114/mode/1up; vgl. https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/str/str2p/kap1_1/para2_74.html.

5 https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/str/str2p/kap1_1/para2_77.html.

6 Siehe https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1129&size=45.

7 https://archive.org/details/jbof-1314/page/n115/mode/1up; vgl. https://daten.digitale-sammlungen.de/0015/bsb00156273/images/index.html?id=00156273&groesser=&fip=fsdrxdsydeayawfsdrenxsfsdr&no=6&seite=525.

„Zur gleichen Zeit [um den 1. Oktober 1923] suchte die KPD von Mitteldeutschland aus eine revolutionäre Aktion vorzubereiten. Sowohl in Sachsen wie in Thüringen, wo SPD und KPD zusammen über die Mehrheit in den Landtagen verfügten, gingen die beiden Parteien im Oktober ein Regierungsbündnis ein und begannen mit der Aufstellung von ‚proletarischen Hundertschaften'. Für die KPD war der unter der Parole der Einheitsfront vollzogene Eintritt in diese Regierungen ein taktisches Manöver: Ihr ging es darum, eine günstige Ausgangsbasis für den Versuch einer revolutionären Erhebung zu gewinnen, die sie – in Überschätzung der eigenen Stärke und der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft sowie unter bestimmender Einwirkung der Komintern-Führung in Moskau – wagen wollte und durch den Aufbau einer militärischen Führungsorganisation aktiv vorbereitete. Aber die Reichsregierung durchkreuzte durch schnelles und entschlossenes Agieren die Pläne der Kommunisten, von Sachsen und Thüringen aus einen ‚deutschen Oktober' zu entfesseln. Bereits am 26. September hatte die Reichsregierung angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Krisensituation über das ganze Reich den *Ausnahmezustand verhängt; damit war die ausführende Gewalt auf die Wehrkreisbefehlshaber als Vertreter des Reichswehrministers übergegangen.[8] Als der sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner (SPD) es ablehnte, der Anordnung des Wehrkreisbefehlshabers für Sachsen nachzukommen und die ‚proletarischen Hundertschaften' aufzulösen, leitete die Reichsregierung eine Reichsexekution gegen Sachsen ein: Sie ließ am 23. Oktober [vgl. aber in und bei FN 3] gegen Sachsen Reichswehrtruppen in Sachsen einmarschieren und richtete wenige Tage später an den sächsischen Ministerpräsidenten die kategorische Aufforderung, die Kommunisten unverzüglich aus dem Kabinett auszuschließen [s. FN 4]. Während in Thüringen die proletarischen Hundertschaften jetzt dem Auflösungsbefehl folgten und die kommunistischen Minister zurücktraten, weigerte sich Zeigner, seine Regierung umzubilden [s. FN 5]. Daraufhin enthob die Reichsregierung am 29. Oktober die Regierung Zeigner des Amtes [s. FN 7] und setzte einen Reichskommissar (den DVP-Politiker Heinze) ein. Zu der von bürgerlichen Kreisen erstrebten Rechtsdiktatur in Sachsen kam es indessen nicht, weil der sächsische Landtag sofort einen Sozialdemokraten zum neuen Ministerpräsidenten wählte, der eine Regierung bildete, der nur Sozialdemokraten als Minister angehörten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die KPD-Führung bereits den Rückzug angetreten. Nachdem sich am 21. Oktober auf einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz keine Mehrheit für die Proklamierung des Generalstreiks und die Wahl politischer Arbeiterräte gefunden hatte, scheute die KPD-Zentrale vor einem mit vollem Einsatz unternommenen Kampf um die Macht zurück und blies die geplanten Hamburg Aktionen ab. Nur in Hamburg kam es infolge einer Panne bei der Nachrichtenübermittlung zu einer isolierten Aktion; vom 23.-25. Oktober kämpften ein paar hundert Kommunisten einen völlig aussichtslosen Kampf gegen die Polizei. Der ‚deutsche Oktober', den Komintern- und KPD-Führung in Szene zu setzen versucht hatten, fand nicht statt."

(Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 53 f.)

8 https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1039&size=45.

„Es hat nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923. […]. Ohne Zweifel hatte im Sommer 1923 die KPD die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich. […]. Die Parteibeamten der KPD setzten ihre gewöhnliche Tätigkeit fort, ihre Agitation blieb so friedfertig wie zuvor. Nach wie vor erzählte man den Arbeitern von Einheitsfront und Arbeiterregierung. Die Massen merkten von der veränderten Haltung der Partei überhaupt nichts. Nur im geheimen begann man, kleine Stoßtrupps von erprobten Arbeitern aufzustellen, die sich für den Aufstand vorbereiteten. Der Kreis um Brandler wollte sich offenbar beide Wege offenhalten: Wenn die Massen den Aufstand allein machten, mit dabeisein, und wenn die Revolution sich vermeiden ließ, weiter im Parlament die Arbeiterregierung anstreben. Das Resultat war dieser traurigen Schaukelpolitik würdig.

Mitte Oktober erfuhr die überraschte deutsche Arbeiterschaft, daß die KPD in Sachsen und Thüringen in die Regierung gegangen war. In beiden Ländern bestanden jetzt durchaus friedliche und verfassungsmäßige Koalitionsregierungen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten. Brandler und die Russen haben später versichert, die Kommunisten wären in beide Regierungen nur hineingegangen, um den Arbeitern Waffen zu verschaffen. In Wirklichkeit geschah nichts dergleichen. Dennoch waren die Industriellen und die Reichswehrgeneräle entschlossen, schon aus moralischen Gründen, sich diese Arbeiterregierungen nicht gefallen zu lassen.

In den Tagen, in denen ein gewaltsames Vorgehen der Reichswehr gegen die sächsische und thüringische Regierung unmittelbar zu erwarten war, fand in Chemnitz eine Tagung der sächsischen Betriebsräte statt. Auf dieser Konferenz legte Brandler den sächsischen sozialdemokratischen Ministern die Frage vor, ob sie sich an einem gewaltsamen Widerstand gegen die Reichswehr beteiligen würden. Die Zentrale der KPD schob den linken Sozialdemokraten die Verantwortung zu, ob in Deutschland der Arbeiteraufstand losbrechen solle oder nicht. Dieses Manöver der KPD-Zentrale war überaus wunderlich, denn die KPD war damals die führende Massenbewegung des deutschen Proletariats. Dagegen waren die Kräfte, auf die sich die linke SPD verlassen konnte, überaus gering. Wirkliche Stützpunkte hatte die linke SPD nur in Sachsen und Thüringen. Wenn die große KPD losschlagen wollte, mußte sie es schon auf eigene Verantwortung tun, aber sie konnte nicht die Entscheidung den sächsischen SPD-Ministern zuschieben.

Als die linkssozialistischen Minister Sachsens die Verantwortung für den Aufstand in Deutschland nicht übernehmen wollten, erklärte die Zentrale der KPD, daß jetzt kein Widerstand gegen die Reichsregierung und die deutschen Kapitalisten mehr möglich sei. Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen brachen zusammen, ohne daß sich eine Hand für sie regte. Durch ein Mißverständnis, das aus der Verwirrung der letzten Oktoberwoche zu erklären ist, glaubte die Hamburger KPD, daß das Signal zum Losschlagen für ganz Deutschland gegeben sei. […]. Aber die kommunistische Linke war in ihren Zielen selbst nicht einheitlich. […]. Der Zusammenbruch der Brandlerpolitik von 1923 hatte bei den

> kommunistischen Arbeitern die stärkste Erbitterung erregt. Der linke Flügel der Partei, der den offiziellen Kurs der deutschen Zentrale und der Moskauer Führung bekämpft hatte, gewann jetzt die Mehrheit der Mitglieder. […]. Die Mehrzahl der linken Führer in der KPD schreckte vor einem Entscheidungskampf mit Rußland zurück."
> (Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, 1991, 136, 137, 146, 180)

(Rosenberg gehörte der 1924 – nach dem abgeblasenen „Deutschen Oktober" gebildeten – ultralinken KPD-Führung unter Fischer/Maslow an.[9])

Die von Büttner genannten Untersuchungen zur Gewerkschaftspolitik der KPD

Büttner verweist für ihren Satz, „Bei Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen schnitt sie hervorragend ab", ohne sich auf bestimmte Stellen/Seiten zu beziehen, auf:

- Eisner, *Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, 1977.
- Heer-Kleinert, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, 1983.
- Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, 1977; digital entleihbar (online lesbar) nach Anmeldung: https://archive.org/details/arbeitslosigkeit0000scho.

Eisner: Verhältnis KPD – Gewerkschaften

Eisner nennt aber in dem zeitlich einschlägigen Abschnitt *Von Teilkämpfen zu Massenkämpfen* (S. 143 - 166) ihres Buches *gar keine* Betriebswahlergebnisse und stellt die KPD eher als isoliert dar. So verweist sie auf S. 148 auf den *Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD* (1923), wo es heiße, an einem von der KPD organisierten Betriebsrätekongreß (Eisner, a.a.O., 144 ff.), der vom 23. bis 25. November 1922 stattfand, hätten 846 Personen teilgenommen, davon 38 SPD-Mitglieder (148). (Das deutet nicht gerade darauf hin, daß es der KPD gelungen wäre, viele sozialdemokratische Be-

---

9 „Anfangs ein Vertreter der ‚ultralinken' Richtung in der gehörte R[osenberg] zunächst der Berliner Bezirksleitung, 1924/25 auch der Zentrale sowie dem Politbüro der Partei an." (https://www.deutsche-biographie.de/pnd118749749.html#ndbcontent).
und Weber (Hg.), *Der deutsche Kommunismus*. Dokumente, 1963, 648 (im Unterabschnitt *„IX. Parteitag (1924)"* des Abschnittes „Die Parteiführungen"),

triebskader für eine gemeinsame Politik mit der KPD zu gewinnen…) Über einen Streik, der im Zusammenhang mit dem Kongreß Ende 1922 stattfand, sagt Eisner: „Nach dreiwöchiger Dauer endete der Streik mit einer Niederlage der Arbeiter.“ (ebd., 150) Auf S. 155 schreibt sie in Bezug auf den Anfang des Jahres 1923: „eine Einheitsfront der Gewerkschaften und Sozialdemokraten mit den Kommunisten“ sei „ausgeschlossen“ gewesen. Auch zu ihren Ausführungen zum Rest des Jahres 1923 ergibt sich kein anderes (und zumal kein konkreteres) Bild, z.B. heißt es im nächsten Abschnitt auf S. 169 über eine Konferenz der Ortsausschüsse der freien Gewerkschaften am 15.11.1923 (siehe zu dieser auch FN 16): „In Wahrheit hatten sich an diesem von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale veranstalteten Treffen nur 181 von den mehr als 1.400 Ortsausschüssen des ADGB beteiligt.“ – Das Buch enthält auch keinen Anhang mit Betriebsrats-Wahlergebnissen.

Heer-Kleinert: *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*

Heer-Kleinert (a.a.O., 170 ff., 219 - 222) gelangt tatsächlich zu einer positiveren Einschätzung des Ausmaßes der Verankerung der KPD in der ArbeiterInnenklasse – aber ausschließlich in Bezug auf die Tageskämpfe und nicht (schon) in Bezug auf eine etwaige Bereitschaft der Lohnabhängigen, sich an einer Revolution zu beteiligen:

> „Die KPD setzte in den Streiks 1921/1922 insoweit die Politik der Einheitsfront um, als sie weitgehend auf das Aufstellen besonderer Forderungen und Parolen verzichtete und die Forderungen unterstützte, die durch die Gewerkschaften oder auf Arbeiterversammlungen aufgestellt worden waren.“ (173)
> „Zwar ist die tatsächliche Steigerung des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften unübersehbar. Dies bedeutete aber nicht, daß eine revolutionäre Massenbewegung im Entstehen begriffen war. Ebensowenig kann automatisch davon ausgegangen werden, daß diese Arbeiter bereit waren, den weitergehenden Zielen der KPD zu folgen, ebensowenig, wie die Zahlen in Sinne gewachsener Stärke der Arbeiterbewegung im Ganzen interpretiert werden können.“ (222)

Speziell für den Bahn-Bereich schreibt Heer-Kleinert: „Zwar war der Einfluß der Kommunisten unter den Eisenbahnern partiell gewachsen, von einem Durchbruch war jedoch keine Rede.“ (178) Auf S. 189 kommt Heer-Kleinert tatsächlich auf Betriebsrats-Wahlergebnisse zu sprechen:

> „Die Erfolge bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1922, die die KPD besonders im Bergbau und bei den Eisenbahnern erreichte, (322) weisen jedoch darauf hin, daß es mit Hilfe der Betriebsräte in gewissem Umfang möglich war, die

> radikaleren Teile der Arbeiterschaft, die ihren Ausdruck in den Forderungen nach Generalstreik und Durchführung eines Betriebsrätekongresses ohne die Gewerkschaften gefunden hatten, an den Rahmen gewerkschaftlicher Aktivitäten zu binden und so der weiteren möglichen Spaltung im gewerkschaftlichen Bereich entgegenzuwirken."

In der zugehörigen Endnote 322 von Heer-Kleinert auf S. 419 sind allerdings nur Ergebnisse nach (Richtungs-)Gewerkschaften und nicht nach Parteizugehörigkeit der Gewählten genannt. Diese Ergebnisse zeigen zwar – in Form des Zugewinns der unionistischen Gewerkschaften (und der erhöhten Beteiligung) – eine Linksentwicklung.
Aber im Sinne der vom III. und IV. Weltkongreß der KomIntern beschlossenen Einheitsfrontpolitik stellt der Zugewinn der unionistischen (= linksradikalen im leninschen Sinne) zulasten der freien (= sozialdemokratisch dominierten) Gewerkschaften keinen Erfolg dar. Außerdem handelt es sich bloß um branchen- und regionalspezifische Zahlen (Ruhrbergbau).
Des weiteren macht Heer-Kleinert genauere Angaben zu dem auch von Eisner erwähnten Betriebsrätekongreß:

> „der Einfluß der Bewegung [für den Betriebsrätekongreß war] auf den Mitglieder- und Sympathiesantenkreis der KPD beschränkt geblieben, wie sie selbst eingestand.[10] So hatten sich die Mehrheitsverhältnisse während der Kampagne nicht wesentlich verändert: waren auf der konstituierenden Sitzung des Reichsausschusses der Betriebsräte am 17.9.[1922] von 188 Anwesenden 133 KPD-, 16 USP- und 5 SPD-Mitglieder gewesen, bei 34 Parteilosen,[11] so waren es auf den Ende Oktober und Anfang November stattfindenden Bezirkskongressen noch mehr KPD-Mitglieder. (vgl. Reisberg[, *An den Quellen der Einheitsfronttaktik*,] 1971, 528, 594) Von den 802 Delegierten des Reichsbetriebsrätekongresses selbst gehörten 657 der KPD, 38 der SPD, 22 der Rest-USP, 2 der KAP, 8 der FAU und 3 den Syndikalisten an, bei 52 Parteilosen. (Jahrbuch für Wirtschaft 1923/24, 588)" (193 f.; Hyperlink hinzugefügt)

Die Ausführungen von Heer-Kleinert zum „Deutschen Oktober" und dessen Kontext reichen bis S. 247.

Schöck: *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*

Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, 1977,

---

10 Heer-Kleinert verweist auf: vgl. Brandler, *Der Kampf um die Kontrolle der Produktion*, in: *Rote Gewerkschaftsinternationale* Nr. 10, 1922, 624.

11 Heer-Kleinert verweist auf: *Der kommunistische Gewerkschafter* Nr. 33 v. 23. 9. 1922, S. 319; vgl. auch *Rote Fahne* Nr. 412 v. 18. 9. 1922.
(Vom *Kommunistischen Gewerkschafter* gibt es Digitalisate der Jahrgänge 1925 und 1926: http://digital.slub-dresden.de/id495150487 [urn:nbn:de:bsz:14-db-id4951504876].)

- 24:

  „Die Phase vom Vereinigungsparteitag [von USPD-Mehrheit und KPD] im Dezember 1920 bis zur Weimarer Konferenz der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB im November 1923 stellt den Höhepunkt des kommunistischen Einflusses auf die Gewerkschaften und damit auf die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dar (vgl. Enderle 1928, 162[12]; Weber 1969[13], Bd. 1, 43; Angress 1973[14], 393 f.)“

- Trotzdem – das heißt: trotz des Umstandes, daß es sich um den „Höhepunkt des kommunistischen Einflusses auf die Gewerkschaften“ handelte – waren aber auch auf dem „Leipziger Kongreß des ADGB im Juni 1922, auf dem die Kommunisten für die Weimarer Republik einmalig stark vertreten waren“, „von 690 Delegierten“ nur „90 KPD-Mitglieder“ (44).
- 88 - 99: *Auf der Suche nach einem Weg – die Bergarbeiter bis 1923*[15] (dort nennt Schöck auch Betriebsrats-Wahlergebnissen für den Ruhrbergbau; siehe vergleichend zu den Zahlen von Heer-Kleinert und Schöck die drei Tabellen auf der nächsten und übernächsten Seite)
- 133 - 140: *Kampf und Niederlage der Chemiearbeiter (1920 - 1924)*,
- 146 - 148: *Der DMV zwischen 1918 - 1922*.

(Auf die Aufstandsplanungen der KPD für den Herbst 1923 geht Schöck nur sehr beiläufig ein.[16])

---

12 *Methoden und Erfahrungen der Gewerkschaftsopposition in Deutschland*, in: *Rote Gewerkschaftsinternationale* 1928, Nr. 3, 161 - 168.

13 *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*.

14 *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, 1973.

15 Der vorhergehende Abschnitt trägt die Überschrift *„Bedingungen und Grundzüge der gewerkschaftlichen Organisierung (1890-1914)“* (über die Jahre des ersten Weltkrieges scheint es wenig Material zu geben).
Der Abschnitt „*Auf der Suche nach einem Weg – die Bergarbeiter bis 1923*“ besteht aus drei Unterabschnitten:

- S. 91 - 93: *Die Betriebsrätewahlen 1921 und 1922*,
- S. 93 - 96: *Die KPD und die Bergarbeiter*,
- S. 96 - 99: *Zusammenfassung*.

16 „Die am 25.11.1923 in Erfurt wegen des KPD-Verbots illegal tagende Konferenz [der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB] stand unter dem Motto: ‚Wie retten wir die deutschen Gewerkschaften, wie retten wir die deutsche Arbeiterklasse vor dem Untergang?‘ Der äußerst defensive Charakter der Konferenz war eindeutig Ergebnis der Oktoberniederlage, des im ersten Ansatz schon gescheiterten Versuches der KPD, die politische Macht zu ergreifen. Die seit September laufenden Vorbereitungen auf die Konferenz waren Bestandteil der Einschätzung gewesen, daß im Oktober 1923 die Verhältnisse in Deutschland reif für den revolutionären Umsturz sein würden. […]. Auf der Konferenz wurde der Versuch der KPD, Ende Oktober, d.h. vor knapp einem Monat, die politische Macht zu ergreifen, mit keiner Silbe erwähnt.“ (47, 49) „Mitte Januar“ 1924 war dann „als eindeutig abzusehen […], daß die KPD auf der Führungsebene durch die Diskussion über die Schuld an den Oktoberereignissen zerrissen und gelähmt war,“ und, „daß sie in der Frage der Gewerkschaftstaktik keine einheitliche Stellung mehr hatte“ (51)

Statistisches

Nun die gerade angekündigten Tabellen mit Betriebsrats-Wahlergebnissen (auch wenn sie nur den Ruhrbergbau betreffen) und einige weitere Statistiken zur politisch-gesellschaftlichen Lage um 1923:

Betriebrats-Wahlergebnisse 1921 und 1922

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1921

Anhand eines Vergleichs der Zahlen von Heer-Kleinert (*Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, 1983) und Schöck (*Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, 1977) miteinander sowie deren jeweiliger Stimmen- und Mandatszahlen erscheint wahrscheinlich, daß die Stimmen-Zahlen von Heer-Kleinert für die unionistischen Gewerkschaften und die Sonstigen und die Mandatszahl von Schöck für die freien Gewerkschaften Tipp- bzw. Druckfehler enthalten.

	1921											
	H.-K.[a]	eig. Berech.	Schöck[b]	eig. Berech.	Schöck[c]	eig. Berech.	Schöck[d]	eig. Berech.	**eigene Vermutung**[e]			
	Stimmen	*%*	*Mandate*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Mandate*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Mandate*	*%*
Freie Gew.	144.807	49,7	1.233	45,4	144.807	41,2	1.293	46,6	144.807	41,2	1.233	45,4
Unionen der Hand- u. Kopfarb.[f]	21.297	7,3	696	25,6	91.297	26,0	694	25,0	91.297	26,0	694	25,6
Christl. Gew.	63.281	21,7	462	17,0	63.281	18,0	462	16,7	63.281	18,0	462	17,0
Hirsch-Duncker-sche. Gew.	3.902	1,3	14	0,5	3.902	1,1	14	0,5	3.902	1,1	14	0,5
Polnische Gew.	20.820	7,1	110	4,0	20.820	5,9	110	4,0	20.820	5,9	110	4,1
Syndikali-stiche Gew.	16.701	5,7	126	4,6	16.700	4,8	124	4,5	16.700	4,8	124	4,6
Gelbe Gew.	1.250	0,4	6	0,2	1.250	0,4	6	0,2	1.250	0,4	6	0,2
Sonstige	19.495	6,7	70	2,6	9.495	2,7	70	2,5	9.495	2,7	70	2,6
Summe[g]	**291.553**	**100,0**	**2.717**	**100,0**	**351.552**	**100,0**	**2.773**	**100,0**	**351.552**	**100,0**	**2.713**	**100,0**

a Heer-Kleinert, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, 1983, 449, Endnote 322 unter Hinweis auf: „Der Kommunistische Gewerkschafter N. 20 vom 20.5.1922; vgl. Bericht 8. Parteitag der KPD 1923, S. 67; KG Nr. 12, 14 und 20, 2. Jg. (1922), Polizeiberichte Nr. 214, 216, 220, 218, 225, 226 in: StaA Bremen 4,65 – IV I b.“ (Hyperlink hinzugefügt)

b wie FN a.

c Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, 1977, 92 unter Hinweis auf: Jbuch 1921 BAV, 135.

d wie c.

e Soweit die Zahlen von Heer-Kleinert und Schöck voneinander abweichen, nehme ich die Zahlen, mit denen sich der geringere Unterschied zwischen Stimmen- und Mandatsanteil ergibt.

f „Bereits im im Frühjahr 1921 erwies sich, daß ihre [der KPD] Bemühungen, den Unionismus einzudämmen, erfolglos geblieben waren: im Mai traten die FAU mit den ‚Verband der Hand- und Kopfarbeiter (Berlin) und dem ‚Landarbeiterverband' gegen ihren [der KPD] Willen in ein Kartellverhältnis und nahmen die Propaganda Austritt aus den freien Gewerkschaften wieder auf.“ (Heer-Kleinert, a.a.O., 199)

g eigene Berechnung.

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1922

Wiederum stimmen die Zahl von Heer-Kleinert und Schöck nicht völlig überein.

	1922											
	H.-K.[h]	eig. Berech.	H.-K.[i]	eig. Berech.	Schöck[j]	eig. Berech.	Schöck[k]	eig. Berech.	**eigene Vermutung**[l]			
	Stimmen	*%*	*Mandate*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Mandate*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Mandate*	*%*
Freie Gew.	148.207	38,8	1.213	42,5	148.207	38,5	1.213	42,2	148.207	38,8	1.213	42,3
Unionen der Hand- u. Kopfarb.	106.197	27,8	790	27,7	109.197	28,3	799	27,8	106.197	27,8	790	27,6
Christl. Gew.	80.589	21,1	580	20,3	80.989	21,0	589	20,5	80.989	21,2	589	20,6
Hirsch-Duncker-sche. Gew.	6.833	1,8	26	0,9	6.833	1,8	26	0,9[m]	6.833	1,8	26	0,9
Polnische Gew.	16.079	4,2	86	3,0	16.079	4,2	86	3,0[n]	16.079	4,2	86	3,0
Syndikali-stiche Gew.	17.903	4,7	130	4,6	17.939	4,7	130	4,5	17.903	4,7	130	4,5
Gelbe Gew.	1.251	0,3	8	0,3	1.251	0,3	8	0,3	1.251	0,3	8	0,3
Sonstige	4.853	1,3	23	0,8	4.855	1,3	22	0,8	4.853	1,3	23	0,8
Summe	**381.912**	**100,0**	**2.856**	**100,0**	**385.350**	**100,0**	**2.873**	**100,0**	**382.312**	**100,0**	**2.865**	**100,0**

h wie FN a.

i wie FN a.

j Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, 1977, 93 unter Hinweis auf: KG [*Der Kommunistische Gewerkschafter*], 1922, Nr. 20 und Jbuch 1922, BAV, 1922, 65

k wie j.

l Soweit die Zahlen von Heer-Kleinert und Schöck von einander abweichen, nehme ich die Zahlen, mit denen sich der geringere Unterschied zwischen Stimmen- und Mandatsanteil ergibt.

m Schöck statt dessen: 1,0.

n Schöck statt dessen: 2,78.

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1921 und 1922 im Vergleich

Wie bereits eingangs gesagt, steht zu vermuten, daß die von Heer-Kleinert für die unionistischen Gewerkschaften und die Sonstigen für 1921 genannten Zahlen Tipp- bzw. Druckfehler enthalten. Folglich dürfte insoweit auch der Vergleich zwischen 1921 und 1922 *nicht* tragfähig sein.

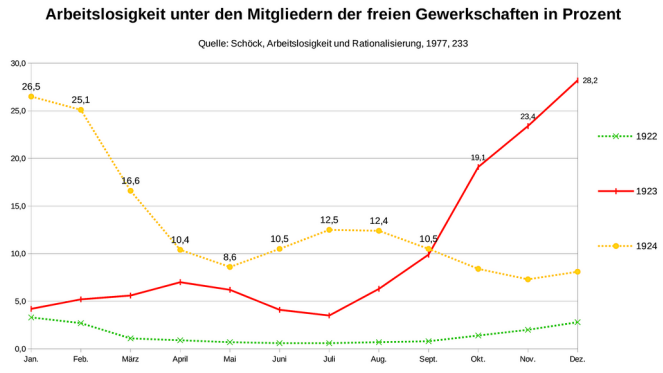
	1921						1922						Veränderung		
	Heer-Kleinert[o]	eig. Berech.	Schöck[p]	eig. Berech.	eigene Vermutung		Heer-Kleinert[q]	eig. Berech.	Schöck[r]	eig. Berech.	eigene Vermutung		eigene Berechnung		
	Stimmen	*%*	*Stimmen*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Stimmen*	*%*	*Stimmen*		
Freie Gew.	144.807	49,7	144.807	41,2	144.807	41,2	148.207	38,8	148.207	38,5	148.207	38,8	3.400	3.400	3.400
Unionen der Hand- u. Kopfarb.	21.297	7,3	91.297	26,0	91.297	26,0	106.197	27,8	109.197	28,3	106.197	27,8	84.900	17.900	14.900
Christl. Gew.	63.281	21,7	63.281	18,0	63.281	18,0	80.589	21,1	80.989	21,0	80.989	21,2	17.308	17.708	17.708
Hirsch-Duncker-sche. Gew.	3.902	1,3	3.902	1,1	3.902	1,1	6.833	1,8	6.833	1,8	6.833	1,8	2.931	2.931	2.931
Polnische Gew.	20.820	7,1	20.820	5,9	20.820	5,9	16.079	4,2	16.079	4,2	16.079	4,2	-4.741	-4.741	-4.741
Syndikali-stiche Gew.	16.701	5,7	16.700	4,8	16.700	4,8	17.903	4,7	17.939	4,7	17.903	4,7	1.202	1.239	1.203
Gelbe Gew.	1.250	0,4	1.250	0,4	1.250	0,4	1.251	0,3	1.251	0,3	1.251	0,3	1	1	1
Sonstige	19.495	6,7	9.495	2,7	9.495	2,7	4.853	1,3	4.855	1,3	4.853	1,3	-14.642	-4.640	-4.642
Summe	**291.553**	**100,0**	**351.552**	**100,0**	**351.552**	**100,0**	**381.912**	**100,0**	**385.350**	**100,0**	**382.312**	**100,0**	**90.359**	**33.798**	**30.760**

o wie FN a.
p wie c.
q wie FN a.
r wie j.

Die drei Tabellen als .pdf-Datei mit 7 zusätzlichen Endnoten: https://archive.org/details/vorl-gliederung/Betriebsratswahlen_Ruhrbergbau_1921_u_1922_EN-ERWEIT.pdf (4 Seiten).

Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften 1922 bis 1924

Hier noch eine weitere Statistik aus Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung* – umgesetzt in eine Graphik.



Die Arbeitslosigkeit war in den letzten Monaten Jahres 1923 (rote Kurve) sowie in den ersten Monaten des Jahres 1924 (gelbe Kurve) am höchsten. Der – der KPD von der KPR(b) vorgeschlagene – Aufstandstermin (9. November, am Jahrestag der November-Revolution) wäre nahezu mit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit zusammengefallen.

Die hohe Arbeitslosigkeit hätte zwar zu einem Maximum an Empörung der Massen führen können (hat sie aber nicht); gleichzeitig war die Streikfähigkeit der Lohnabhängigen aber sehr gering, da es bei so hoher Arbeitslosigkeit (zumal unter den Gewerkschaftsmitgliedern) leicht ist, StreikbrecherInnen für die Unternehmen zu gewinnen.

Angesichts geringer Streikfähigkeit wäre es also für einen etwaigen Erfolg des Aufstandes erheblich auf das militärische Kräfteverhältnis angekommen; auch damit sah es aber mau aus.

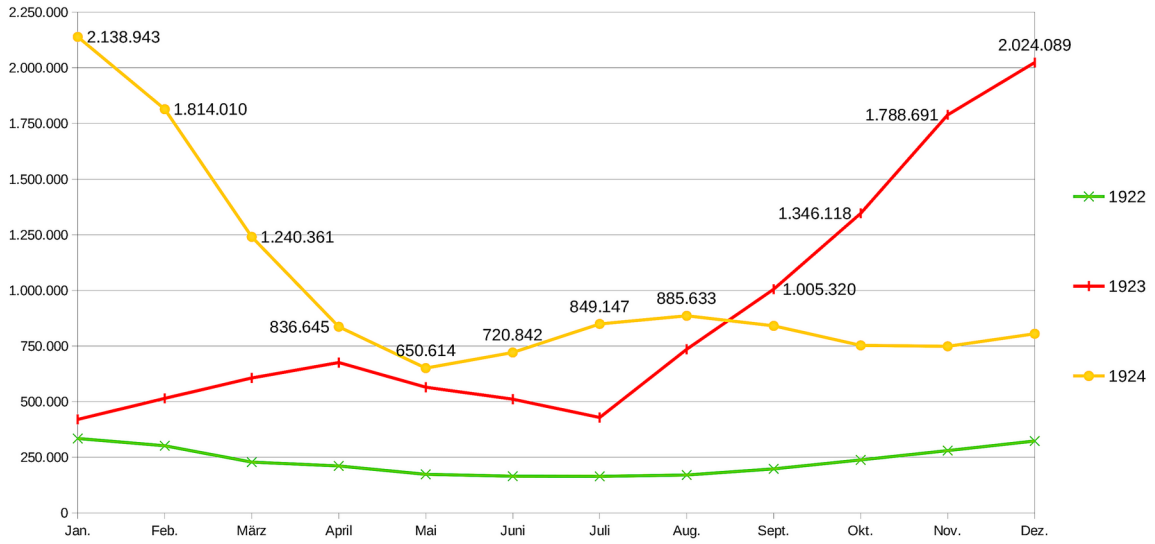
Arbeitssuchende und Arbeitslose – absolute Zahlen

Ein sehr ähnlicher Kurvenverlauf ergibt sich, wenn wir uns die zur Verfügung

stehenden absoluten Zahlen ansehen[17]:

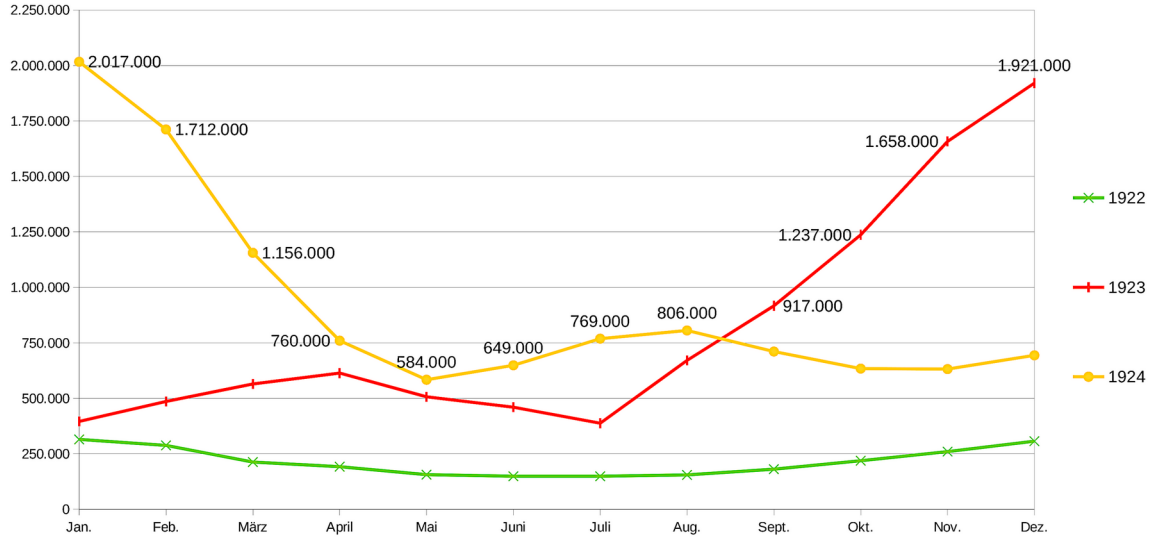
Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern im Deutschen Reich

Quelle: Agthe, Statistische Übersicht der Arbeitslosigkeit in der Welt, in: Saitzew (Hg.), Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart, 1932, 139 - 174 (150)



Vollarbeitslose bei den Arbeitsämtern im Deutschen Reich

Quelle: Agthe, Statistische Übersicht der Arbeitslosigkeit in der Welt, in: Saitzew (Hg.), Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart, 1932, 139 - 174 (151)

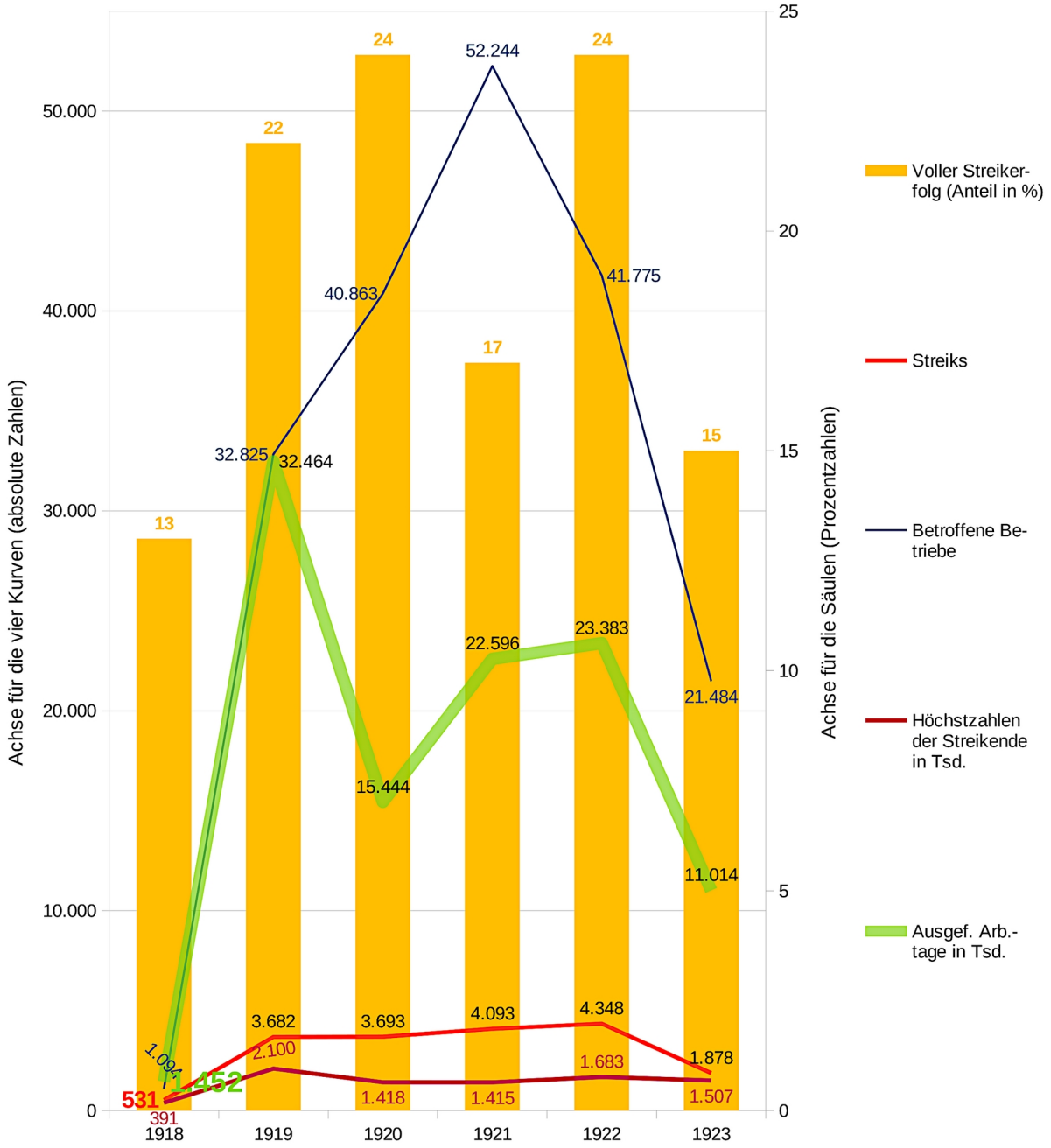


17 Zu den Zahlen, die der ersten der beiden folgenden Graphik zugrundeliegen, heißt es bei Agthe (*Statistische Übersicht der Arbeitslosigkeit in der Welt*, in: Saitzew [Hg.], *Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart*, 1932, 139 - 174 [150]): „Einschließlich der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise. Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvorsicherung vom 16. Juli 1927 besteht in Deutschland ein Monopol der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist vom 1. Januar 1931 ab verboten.“ Was das genau bedeuten soll, ist mir nicht klar (vielleicht ist das *„nicht“* versehentlich in den ersten zitierten Satz geraten: Dann wären es für die Zeit *vor* 1927/31 *die bei den [öffentlichen] Arbeitsämtern und den [nicht-öffentlichen] gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlungen gemeldeten Arbeitssuchenden*. Dann wäre vorderhand freilich mit Doppel-Meldung zu rechnen.
Zu den Zahlen, die der zweiten Graphik zugrundeliegen, schreibt Agthe (ebd., 151): „Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern abzüglich der Notstands- u. Fürsorgearbeiter sowie der noch in Stellung befindlichen Arbeitsuchenden. Für 1921 bis 1928 habe ich die Angaben unter teilweiser Schätzung der Abzüge selbst errechnet, für 1929-1931 sind sie amtlich festgestellt. Kurzarbeiter sind in den Zahlen nicht enthalten.“

Streiks und Streikerfolgsquoten 1918 - 1923

Streiks 1918 - 1923

1923 war die Zahl der Streiks (rot), der dadurch ausgefallen Arbeitstage (limette) und der betroffenen Betriebe (blau) sowie der Anteil der Streiks, die mit einem vollen Erfolg endeten (gold), so niedrig wie nach 1918 nicht mehr. Die Zahl der Streikenden (genau gesagt: die Höchstzahl der während der Dauer der Streiks gleichzeitig Streikenden) (magenta) war 1923 niedriger als 1919 und 1922, aber etwas höher als 1920 und 1921.



Quellen:

- für die Streiks, Streikenden und ausgefallenen Tage: Petzina/Abelshauser/Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 - 1945, 1978, 114
  - mit folgender Quellenangabe: „*Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1920* ff. Eine zusammenfassende Übersicht über die Arbeitskämpfe 1899-1933 mit leicht abweichenden Daten im *Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1934*, S. 321,

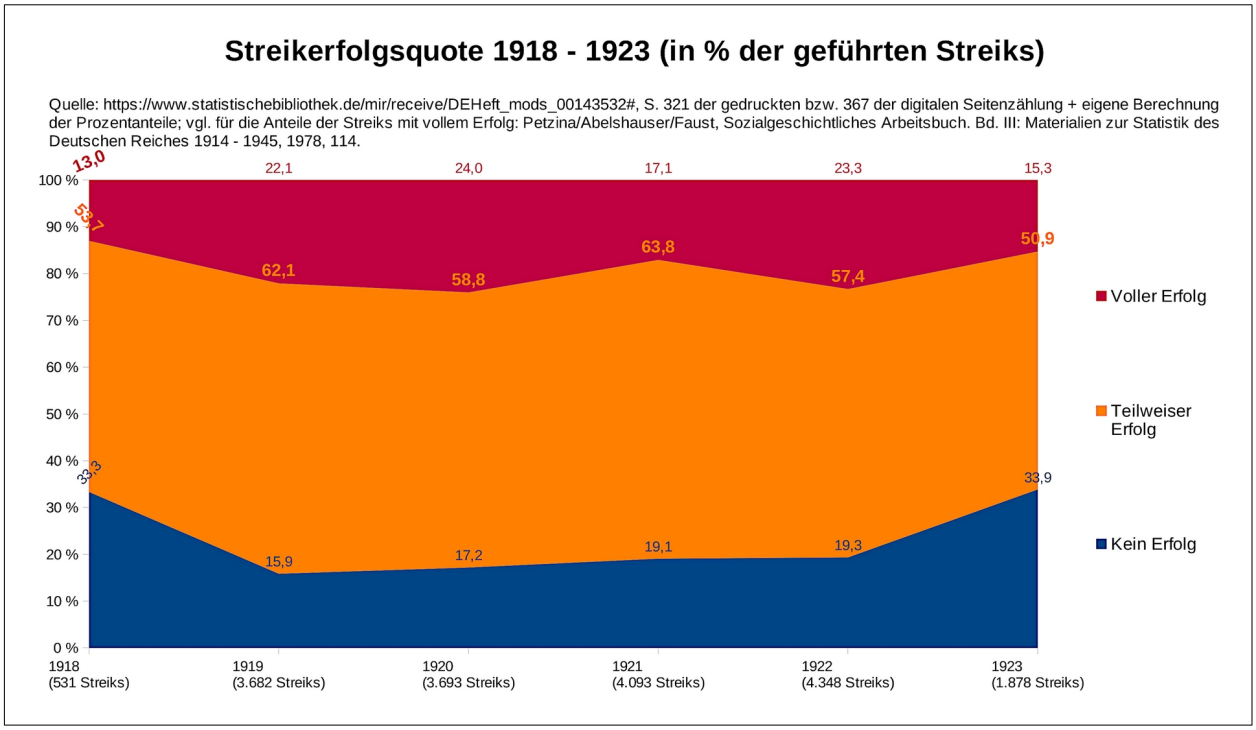
und in *Bevölkerung und Wirtschaft* [*1872 - 1972*, 1972], S. 149.“ (Hyperlinks hinzugefügt)
und

- folgendem Hinweis in Bezug auf die Zahl der Streikenden: „Für die Jahre bis 1922 errechnet aus der Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter und der Dauer des Kampfes in Tagen, ab 1923 gemeldete Zahl der tatsächlich verlorenen Arbeitstage.“

- für die betroffenen Betrieb: *Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972*, 149.

In *Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972* sind die ausgefallenen Arbeitstage identisch und die Anzahl der betroffenen Betriebe zusätzlich zu den Zahlen bei Petzina et al. genannt. Die Anzahl der Streiks und die Erfolgsquote sind in *Bevölkerung und Wirtschaft...* nicht genannt. Die Streikenden werden dort ungenau „Beteiligte Arbeitnehmer“ genannt und für die Jahre 1918 und 1923 ergibt sich bei Angabe „in Tsd.“ hinsichtlich der Stelle unmittelbar *vor* dem Komma eine Abweichung um 1.

Der Anteil der Streiks, die ganz ohne Erfolg blieben, war 1923 (33,**9** %) *nicht nur* höher als in den unmittelbaren Vorjahren, *sondern sogar* höher als 1918 (33,**3** %).

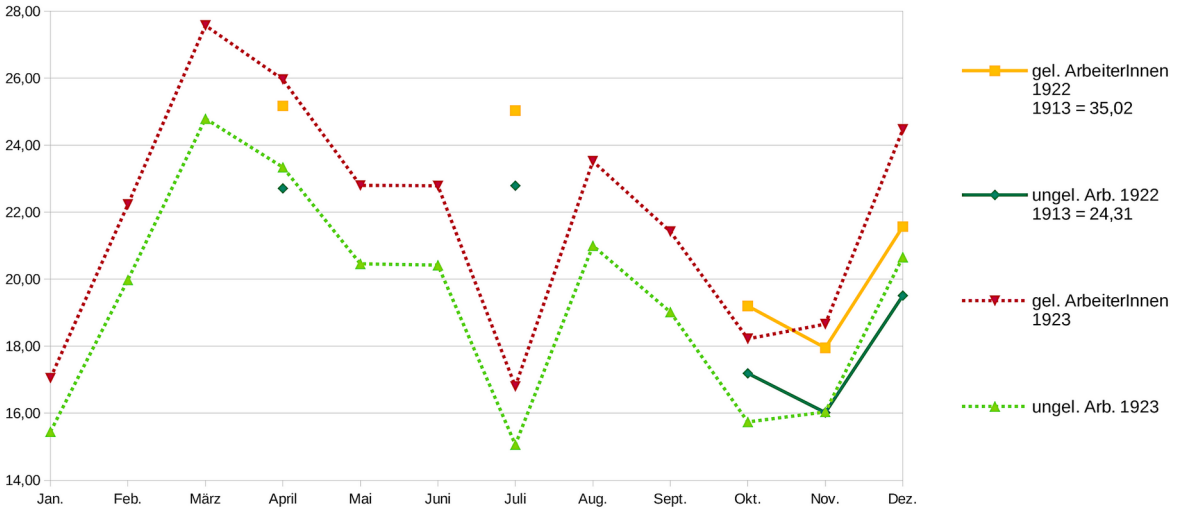


Reallohn-Entwicklung 1922 und 1922 (im Vergleich mit 1913)[18]

18 *Wirtschaft und Statistik* Sonderheft 1: Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923, 1925 (https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEMonografie_mods_00003994#), 42 der gedruckten bzw. 44 der digitalen Seitenzählung;
vgl. Petzina/Abelshauser/Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 - 1945, 1978, 83 f. (die dort genannten Zahlen speziell zu „Ungelernten Arbeitern“ [„Gruppe VII in Reichsbetrieben Ortsklasse A“] und „Hauern und Schleppern“ [„im Ruhrgebiet“] sowie „Buchdruckern“ [„Durchschnitt aller Ortsklassen“] sind im genannten Sonderheft von *Wirtschaft und Statistik* auf S. 40 bzw. 42. Auch speziell für diese Berufsgruppen war der Tiefpunkt im Juli erreicht; für die erst- und letztgenannte Gruppe begann der Wiederanstieg am Jahresende (wie im Durchschnitt) im November, für die „Hauer und Schlepper“ erst im Dezember.

Reale Wochenlöhne von gelernten und ungelernten ArbeiterInnen 1922 und 1923

Gewogener Durchschnitt für Berg-, Bau-, Holz-, Metall-, Textil·, Fabrlk- (Chemie), Reichsbetriebs- (Eisenbahn-) ArbeiterInnen- und BuchdruckerInnen aus den im Berichtsmonat gültigen Tarlfiohnsätzen für „Vollarbeiter“ (= vollzeit-beschäftigte ArbeiterInnen?) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptsitzen der betreffenden Gewerbegruppen. Die sozialen Zulagen sind, soweit sie gewährt werden, für die Ehefrau und 2 Kinder mit eingerechnet worden. – Ob verheiratete ArbeiterInnen einen 'Ehemann-Zuschlag' bekamen, weiß ich nicht – vermutlich nicht.



*Die Reallöhne stiegen 1923 (**magenta** und **limette**) zunächst – bis März – noch, sanken dann ab April, aber lagen im April noch etwas über dem Vorjahresniveau (**gold** und **türkis**). Im Juli war sowohl der Tiefpunkt des Jahres 1923 als auch der größte (negative) Abstand zum Vorjahr erreicht. Im August konnte ein Inflationsausgleich auf das Juni-Niveau erreicht werden. Die Reallöhne sanken dann bis Oktober erneut, aber nicht mehr bis auf den Juli-Wert und begannen schließlich wieder zu steigen: im November, der als Monat für den „deutschen Oktober“ ins Auge gefaßt worden war, leicht und im Dezember 1923 auf den dritthöchsten Wert des Jahres 1923. Am 16.10.1923 war der Beschluß zur Gründung der Deutschen Rentenbank gefaßt worden.*

Es wird noch ein Nachtrag zu den Nominallöhnen und den Lebenshaltungskosten, aus denen die Reallöhne berechnet werden, sowie allgemein zur Inflation im Jahr 1923 folgen.